

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DE GAULLES ABSAGE AN DIE NATO

Präsident de Gaulle hat die in seiner Pressekonferenz vom 21. Februar angekündigten Maßnahmen gegen die atlantische Verteidigungsorganisation rascher als erwartet in die Tat umgesetzt. Eine Flut von *Memoranden* ergoß sich am Ende der ersten Märzwoche über die mit Frankreich in der NATO zusammengeschlossenen Verbündeten, denen in dürren Worten mitgeteilt wurde, Frankreich erachte die Zeit als gekommen, seine Bindungen an die atlantische Organisation zu lösen. Über die *Fristen*, die de Gaulle seinen Partnern setzt, um diesen Beschluß zu verwirklichen, besteht noch immer Ungewißheit; feststehen dürfte lediglich, daß der französische Präsident nicht gewillt ist, bis zum Ablauf der Allianz im Jahre 1969 zu warten.

Der Abbau der französischen Verpflichtungen

De Gaulle hat seinen Rückzug aus der NATO seit Jahren systematisch vorbereitet. Seit seine im Herbst 1958 unterbreiteten Reformvorschläge, die ein aus Amerika, Großbritannien und Frankreich bestehendes *Dreierdirektorium* als leitende Instanz der NATO vorsahen, in Washington ein ablehnendes Echo fanden, hat der General sukzessive die Fesseln abzustreifen begonnen, die ihn an die Organisation des Atlantikpakts banden. Die integrierten Einheiten und Stäbe wurden auf ein Minimum reduziert. Nun sollen auch noch die letzten Fäden durchgeschnitten werden. Das bedeutet, in die Praxis umgesetzt: Rückzug der französischen Offiziere aus dem SHAPE, Unterstellung der beiden in Deutschland stehenden französischen Divisionen unter französisches Oberkommando, Abzug der in Frankreich stationierten amerikanischen und kanadischen Truppen.

Mit diesen Forderungen hat de Gaulle eine Operation in Gang gesetzt, die — allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz — darauf hinausläuft, die Grundlagen der

atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu zerstören und die westliche Welt zu jenem System bilateraler Abkommen zurückzuführen, das in unserm Jahrhundert schon zweimal ein so schreckliches Fiasko erlitten hat, indem es den Ausbruch der beiden Weltkriege nicht nur nicht zu verhindern vermochte, sondern wegen seines schlechten Funktionierens die Angreifer geradezu ermutigte, ihre Pläne zu verwirklichen. Die 1949 geschaffene atlantische Allianz und die nach dem Ausbruch des Koreakriegs ins Leben getretene Organisation dieser Allianz waren Ergebnisse der Lehren, die man aus den Erfahrungen der vorangegangenen Jahrzehnte gezogen hatte; künftig sollte einem Aggressor von allem Anfang an die *geeinte militärische Macht* aller bedrohten Nationen entgegentreten und ihn von seinen Aktionen abschrecken. Niemand, der die Entwicklung seit 1949 objektiv beurteilt, wird daran zweifeln, daß dieses System des kollektiven Widerstandes während der vergangenen Jahre mit Erfolg funktionierte: der sowjetische Drang nach Westen, der sich 1946 und 1947 in den Ländern Osteuropas so deutlich manifestierte und 1948 nach der Tschechoslowakei und Berlin übergriff, konnte eingedämmt werden. Seit Bestehen der atlantischen Allianz lockerte sich der sowjetische Druck auf Europa, und als 1958 Chruschtschew eine neue Berlinkrise vom Zaune brach, begegnete er dem geschlossenen Widerstand der NATO-Mächte und mußte sich mit wenig spektakulären Teilerfolgen begnügen.

Problematische Hypothesen

De Gaulle motiviert seinen Alleingang zur Hauptsache mit der gegenüber 1949 veränderten weltpolitischen Konstellation. Er behauptet, die sowjetische Bedrohung sei von Europa genommen und damit die Voraussetzung für ein Bestehen der Atlantikpaktorganisation hinfällig. Niemand wird

bestreiten, daß die Sowjetunion gegenwärtig eine *Phase der Schwäche* durchmacht. Ihre innenpolitische Situation ist seit dem Sturz Chruschtschews labil; nach außen sind ihr durch den Konflikt mit Peking die Hände gebunden. Dieser Zustand kann sich jedoch in kurzer Frist ändern, denn zweifellos ist Rußland neben den Vereinigten Staaten von Amerika auch heute noch die stärkste Weltmacht. Ihre potentielle Kraft bleibt ein entscheidender Faktor, und es wäre gefährlich, sich auf problematische Hypothesen zu verlassen, die den allmählichen Niedergang der Sowjetmacht quasi als Axiom in das politische Kalkül einsetzen.

De Gaulle ist zwar nicht so weit vorgeprellt, daß er die Allianz mit den andern Westmächten formell aufgekündigt hätte, um in majestätischer Einsamkeit sein eigenes Verteidigungsprogramm aufzustellen. Der französische Präsident ist Realist genug, daß er auch weiterhin auf den *amerikanischen Atomschirm* vertrauen will, freilich nicht im Rahmen einer multilateralen Allianzorganisation, sondern auf *bilateraler Basis*, gewissermaßen von gleich zu gleich. Er rückt damit in geschickter Weise Frankreich, das ja im Begriffe steht, sich seine eigene Atomstreitkraft aufzubauen, auf die gleiche Ebene mit der Atommacht Amerika — eine schmeichelhafte Situation für Frankreich und seine Großmachtaspirationen.

Unabsehbare Konsequenzen

Frankreichs gegenwärtige NATO-Politik hat aber noch einen speziellen Aspekt, der Entwicklungen heraufzubeschwören droht, die keineswegs im Sinne ihrer Urheber wären. De Gaulle ist entschlossen, die in Deutschland stationierten französischen Truppen aus der NATO-Integration zu lösen. Er stellt damit jenes ganze kunstvolle Gebäude in Frage, das im Oktober 1954 durch die *Londoner Schlußakte* und die *Pariser Verträge* errichtet wurde, um das Besatzungsregime in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben und den deutschen Verteidigungsbeitrag voll in die NATO zu integrieren. Nun bricht Frankreich einen wichtigen Stein aus dieser Konstruktion

heraus, ohne daß es bisher eine Alternative zu der bisherigen Regelung vorzuschlagen hätte, denn eine Rückkehr zu den Zuständen vor 1955 — das heißt eine Beeinträchtigung der damals der Bundesrepublik zugestandenen Souveränität — steht außer Diskussion. Es ist bisher völlig ungeklärt, auf welche Rechtsbasis sich die weiterhin in Deutschland stationierten französischen Truppen stützen sollen.

Für die Bundesrepublik Deutschland selber eröffnen sich so völlig neue Perspektiven. Ihrer *Bundeswehr* wird nach dem französischen Exodus innerhalb der NATO künftig eine entscheidendere Bedeutung zufallen als bisher. Bonn erhält damit im Rahmen der übriggebliebenen vierzehn NATO-Mächte, die entschlossen sind, die Paktorganisation auch nach dem Ausscheiden Frankreichs aufrechtzuerhalten, ein vermehrtes Gewicht. Dem gestärkten Prestige dürfte ein *Wachsen des nationalen Selbstbewußtseins* in Westdeutschland folgen mit all seinen folgenschweren und unabsehbaren Konsequenzen. Selbst ohne in einen übertriebenen Pessimismus zu verfallen, muß man doch gegenwärtig damit rechnen, daß die einst von *Konrad Adenauer* und *Robert Schuman* inaugurierte Politik der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die zunächst auch von de Gaulle fortgeführt wurde und im Freundschaftsvertrag vom Januar 1963 gipfelte, den neuen Kurs, den Paris jetzt eingeschlagen hat, nicht überleben wird. Die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen beruhte im wesentlichen auf der deutsch-französischen Verständigung. Wenn diese in Frage gestellt wird, droht der ganze, mühsam errichtete Bau der europäischen und der atlantischen Gemeinschaften in sich zusammenzustürzen.

Wie de Gaulle selber sich zu diesen Weiterungen seiner Außenpolitik stellt, ist im Augenblick noch unklar. Offensichtlich sucht er die 1944 durch den Pakt mit *Moskau* geknüpften, elf Jahre später wieder zerrissenen Bande erneut aufzunehmen. In den vergangenen Wochen fand ein intensiver *diplomatischer Meinungs-austausch* zwischen Paris und Moskau statt. Im Juni wird sich de Gaulle nach der Sowjetunion bege-

ben. Er wird dort zweifellos mit offenen Armen empfangen werden, denn die sowjetische Propaganda hat ihm bereits reichlich Lob für seine NATO-Politik gespendet. Das ging so weit, daß als Gegenleistung zu einer Auflösung der Atlantikpaktorganisation die Hinfälligkeit des Warschaupaktes in Aussicht gestellt wurde, als ob dies bei der konkreten machtpolitischen Situation ein annehmbares Äquivalent wäre. Jedenfalls scheint Frankreich mit seinem neuen Kurs eine Lawine ins Rollen gebracht zu haben, von der niemand weiß, was alles sie unter sich begraben wird.

Umwälzungen in der «dritten Welt»

Während de Gaulle die atlantische Allianz einer harten Zerreißprobe aussetzt, die die Schlagkraft des freien Westens zu beeinträchtigen droht, bahnen sich auch in der blockfreien «dritten Welt» Umwälzungen an, die erhebliche Rückwirkungen auf die internationale Politik haben. In Ghana ist durch ein Coup de théâtre der «Erlöser» *Kwame Nkrumah* nach fast fünfzehnjähriger Herrschaft gestürzt worden. Nkrumah hatte sich Ende Februar auf eine Reise nach Peking und Moskau begeben, um seine «guten Dienste» für die Vermittlung im Vietnamkonflikt anzubieten. Der hochgespannte Anspruch des ghanesischen Präsidenten, als eine Art *Arbiter mundi* aufzutreten, rächte sich und enthüllte, daß der afrikanische Diktator nur ein Koloß auf tönernen Füßen war: die Armeeführung benützte die Landesabwesenheit des Präsidenten, um ihn seines Amtes zu entsetzen und selber die Macht zu übernehmen. Nkrumahs Sturz hatte nicht nur politische, sondern auch symbolische Bedeutung; in ihm fiel der Protagonist jenes Systems des bedenkenlosen Opportunismus, der in den vergangenen zehn Jahren zahlreichen Staaten des «tiers monde» das Gepräge gegeben hat.

Fast gleichzeitig mit dem Ende der Herrschaft Nkrumahs erlosch in Indonesien der Stern *Sukarnos*. Seit der Niederschlagung der Revolte vom 30. September 1965 war der indonesische Präsident in harte Bedrängnis geraten. Seine Versuche, die Kommuni-

sten zu schützen, stießen auf den Widerspruch der Armee, die unter General *Nasution* einen scharf antikommunistischen Kurs steuerte. Sukarno versuchte Ende Februar noch einmal, seine frühere Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen. Er entfernte Nasution aus seinen Schlüsselpositionen, und es schien eine Zeitlang, als habe das charismatische Prestige des Präsidenten nochmals über seine Feinde triumphiert. Vierzehn Tage später wendete sich das Blatt. Nachdem die indonesische Hauptstadt tagelang von Unruhen und Demonstrationen erschüttert worden war, ergriff Nasutions Gesinnungsgenosse General *Subarto* die Initiative. Er suchte Sukarno von den Schalthebeln der Macht zu verdrängen und ihn in eine repräsentative Stellung abzuschieben. Noch ist es ungewiß, ob Sukarno endgültig verschwinden wird oder ob sein legendärer Ruf, den er beim indonesischen Volk genießt, ihn nochmals an die Macht zurückbringt. Aber selbst wenn ihm eine solche Wiederkehr gelänge, der Nimbus Sukarnos ist zerstört und die Rolle eines Führers der blockfreien Welt ausgespielt.

Sukarnos Entmachtung dürfte nicht ohne Rückwirkungen auf die ganze Lage in *Südostasien* bleiben. Sukarno war der geschworene Feind des westlich orientierten *Malaysia*. Die Befreiung vom indonesischen Druck pflanzt sich über Malaysia fort nach Südvietnam, wo die Kämpfe der Amerikaner gegen den Vietcong und die infiltrierten Nordvietnamesen mit gesteigerter Intensität weitergehen. In Vietnam verteidigen die Amerikaner einen wichtigen Vorposten der freien Welt in Südostasien. Es kann gerade angesichts der weltweiten Agitationskampagne, die der Krieg in Vietnam ausgelöst hat, nicht genug betont werden, daß ein Rückzug der Amerikaner aus Vietnam den Zusammenbruch des ganzen westlichen Verteidigungssystems im südlichen Ostasien bedeuten und die kommunistische Flut dann die Tore Australiens erreichen würde. Daß durch den Umbruch in Indonesien die Amerikaner in Vietnam vermehrt Rückenfreiheit erhalten, ist für sie ein erfreuliches und beruhigendes Zeichen.

Fabius

RUSSISCHE KRISE

Alter Streit um Orientierung im neuen Gewand

In Sowjetrußland und in der kommunistischen Welt ist das runde Datum des zehnten Jahrestages seit dem zweiten Tod Stalins verstrichen, der auf dem XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten erfolgte und sowohl grausamer wie auch wichtiger war, als der erste natürliche und feierliche Tod vom März 1953. Die damals durch Chruschtschew ausgelöste Erschütterung der Doktrin und ihrer praktischen Anwendung hat sich beruhigt, die Panik ist vorüber, aber auch der Mythos der Erneuerung passé. Was übrigblieb ist ein Katzenjammer in den oberen Regionen der Macht und eine tiefe Enttäuschung in der untersten Stufe der Gesellschaft. Das offizielle Moskau hat diesen zehnten Jahrestag auf seine Art gefeiert; mit Verschweigen jener Götterdämmerung und mit einem Schriftstellerprozeß gegen zwei Verwegene, die mit der Feder um die Europäisierung Rußlands kämpften. Gegen sie, Andrej Sinjawschij und Juli Daniel, haben sich die finstersten Kräfte der Reaktion und des antieuropäischen Geistes, vor allem aber jenes russischen Provinzialismus verbunden, der trotz Sputnik, Raketen und Kybernetik den Westen mit Mißtrauen beobachtet, nach Wodka riecht und überall Revolution wittert, jener Provinzialismus, den Ilja Ehrenburg in den zwanziger Jahren einmal treffend charakterisiert hat: «Mögen in Regierungszimmern Ideen triumphieren / gigantische Pläne und Kombinationen entstehen / von den verfaulten Provinzbahnhöfen / schallt das uralte, lausige „Na und?“»

Vergeblich wäre das Unterfangen, wenn man das heutige Sowjetrußland nur etwa mit marxistischen Begriffen oder modernen soziologischen Methoden analysieren möchte. Ohne die Anwendung geistesgeschichtlicher Parallelen und ohne Kenntnis der politischen und gesellschaftlichen Strömungen in den vorangegangenen Epochen, vor allem aber im neunzehnten Jahrhundert, bekommt man statt der erhofften Widerspiegelung der Wirklichkeit nur ein Karikaturbild. So sind auch die heutigen Dis-

kussionen und Auseinandersetzungen, die man in Moskau um die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft führt, nichts anderes als ein Rückfall in die Probleme, die für viele Generationen den Kern und gleichzeitig den Auftakt jeglichen Fortschritts, aber auch der Stagnation in diesem mächtigen und gleichwohl in jeder Zeitperiode unterentwickelten Staatsorganismus bildeten. Unter dem Stalinismus gab es natürlich keinen Platz für solche Dispute über die Orientierung, denn diese konnten höchstens nur bis zu dem Zeitpunkt der Denunzierung dauern und vielleicht noch schon nach der Aburteilung und Verbannung in ein Zwangsarbeitslager fortgesetzt werden. Die Wiederauferstehung jener Herrschaftsmethoden und der politischen Atmosphäre wie unter Iwan dem Schrecklichen hat jeden Spielraum für philosophische und gesellschaftliche Debatten verschwinden lassen. Aber als mit der Entstalinisierung die Fesseln der allgemeinen Angst zerrissen wurden, begann alles noch einmal von neuem. Nicht von den Streitigkeiten aus den zwanziger Jahren über den Sinn oder Unsinn einer Weltrevolution, sondern vielmehr von der Kontroverse aus dem neunzehnten Jahrhundert, wie sie zwischen den Slawophilen und den Westlern geführt wurde.

Reaktion auf die totalitäre Slawophilie

Das, was sich heute in Sowjetrußland abspielt, wohlgemerkt im russischen Teil der Sowjetunion und nicht in den nichtrussischen Republiken, weil dort die Probleme viel komplizierter sind, ist im wesentlichen ein Widerstand gegen jene Kombination zwischen der totalitären Diktatur eines pervertierten Marxismus mit der slawophilen Komponente. Es ist ein Aufstand der heutigen «Westler», einer europäisch orientierten Schicht von Intellektuellen gegen ein traditionelles Regime, ein Protest dagegen, daß man Rußland jahrzehntelang von

der europäischen Kultur, von den modernen Wirtschaftssystemen und von den neuzeitlichen Gesellschaftslehren isoliert hielt. Daß diesen Kampf vor allem die Literaten Rußlands führen und die zwei verschiedenen Orientierungen sich mehr in den literarischen Zeitschriften als in politischen Institutionen bemerkbar machen, ist aufs engste mit der Unterentwicklung des Landes, mit der immer noch fortdauernden Unreife in der gesellschaftspolitischen Sphäre verknüpft. Wie in dem vorrevolutionären zaristischen Rußland, ja in der Zeit eines vorparlamentarischen Systems, ersetzt auch heute die Literatur das fehlende Organ für derartige Dispute und Meinungskämpfe. Man mußte auch dort anknüpfen, wo man aufgehört hatte. Man darf nämlich nicht vergessen, daß nach einer kurzen Periode der Diskussionen im bolschewistischen Rußland der Sieg Stalins erfolgte. Das bedeutete in geistesgeschichtlicher Hinsicht einen Triumph einer zwar marxistisch gefärbten, aber in ihrem Kernsatz slawophil orientierten politischen Formation. Mit dem Herrschaftssystem Stalins, Molotows, Schdanows, aber auch Chruschtschews und Breschnews in der Politik, Scholochows in der Literatur, Sjerows (nicht jenen von der Geheimpolizei) und Gerassimows in der bildenden Kunst, Mitschurins und Lyssenkos in Naturwissenschaften, hat sich die Hegemonie einer antiwestlich und anti-europäisch orientierten Richtung durchgesetzt. Von diesem Hintergrund erst werden die gesellschaftlichen, philosophischen, kulturellen und wirtschaftlichen Konflikte der Gegenwart verständlich. Das Hin und Her in der Taktik der herrschenden Cliquen, die schnelle Abnützung der jeweiligen Machtgruppen, der rasche Verfall jeglicher Autorität, die zu Anfang sich einer Popularität erfreute, sind nicht nur Symptome einer Krise im System, das die praktische Prüfung nicht bestanden hat, sich dennoch aber krampfhaft an die Macht klemmt, die immer noch über genügend Zwangsmittel verfügt, um den eigenen Weggang von der historischen Bühne zu verhindern, sondern im tieferen Sinn eine Folge der eingangs skizzierten Konfliktsituation.

Sicherlich gibt es auch in den Überlieferungen aus dem Leninismus und in dem heute regierenden reformierten Stalinismus Faktoren von einem Charisma und Elemente von Dogmen, die für diese Art der totalitären Regierungen für die künstliche Verlängerung der Existenz behilflich sind. Anders wäre es schwer vorstellbar, daß sich ein System, das kein einziges Postulat der marxischen Utopie erfolgreich realisiert hat, derart hartnäckig an der Oberfläche halten könnte und im Stande ist, seinen Willen der Gesellschaft aufzuzwingen, ohne die geringste Verantwortung für das Versagen der Doktrin und für eine Serie beispielloser Plagen zu tragen, die auf die Mitglieder der Gesellschaft niederfielen.

Suche nach dem Ausweg

In einer solchen Situation versucht nunmehr dieses gründlich kompromittierte System, sich mit Hilfe einer, man könnte sagen, fast schamlos getriebenen Rezeption von Mitteln und Methoden aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu stützen, der man alljährlich am 1. Mai und am 7. November den bevorstehenden Tod prophezeit. Dies zeugt von einer höheren Phase, in die die permanente Krise des kommunistischen Systems eingetreten ist. Was die Sowjetunion betrifft, so ist diese Krise unvergleichlich tiefer und umfangreicher als in den Satellitenstaaten des Balkans und Ost-Mitteleuropas. Zwar macht Rußland die gleiche allgemeine Krise des bankrotten staatlichen und wirtschaftlichen Modells durch, aber dort ist sie insofern ernster, als in der Sowjetunion sogar jene fragmentarischen Restbestände einer Infrastruktur fehlen, die in den Satellitenländern immerhin noch vorhanden sind. Dadurch geht die Schere der gesellschaftlichen Konflikte immer breiter auseinander. Die Angelegenheit kompliziert sich auch dadurch, daß die Sowjetunion infolge der geographischen Großräumigkeit, der historisch ethnischen Differenziertheit und der Existenz verschiedener Kulturen und Mentalitäten, ferner wegen des Vorhandenseins unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungsstufen in den einzelnen Gebieten noch immer

eine solche Form der erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Verwaltung sucht, die den wachsenden Aufgaben im Innern (Konsum, Sicherung der Vollbeschäftigung, sinnvolle Gestaltung der Freizeit, volle Teilnahme der Bevölkerung an dem Kulturaustausch mit der äußeren Welt, Massentourismus ins Ausland und ähnliches) wie auch gegenüber den Verpflichtungen im Ostblock und hinsichtlich der Entwicklungsländer Rechnung tragen würde. Damit ist der Katalog von Krisenerscheinungen noch nicht erschöpft.

Ungelöst bleibt die Frage des russischen Imperialismus, das heißt der Hegemonie Moskaus im Kräftespiel der sozialistischen Länder, was sowohl die Nationalitätenfrage in der Sowjetunion angeht, wie auch die Zukunft des Warschauer Paktes, das Fertigwerden mit der Hypothek der Teilung Deutschlands und der Ausweg aus der Sackgasse des Konfliktes mit China. Das alles spiegelt sich in den heutigen gesellschaftlichen und geistespolitischen Auseinandersetzungen in Rußland wieder, wo die konservativen Kräfte um jeden Preis die zwingende Revision veralteter Begriffe, Thesen, Methoden und Konstruktionen ver-

hindern wollen. Andererseits wächst die Welle der Unzufriedenheit, der Prozeß eines vernünftigen Reflektierens über die bestehenden Widersprüche wie auch über die möglichen konstruktiven Zukunftsmodelle. Der Weg, den Breschnew und Kossygin nach dem Sturz Chruschtschews gewählt haben, verspricht kaum, daß man das kranke Modell des sowjetischen Systems in absehbarer Zeit sanieren kann. Noch immer sind es vorwiegend improvisierte Experimente und ad hoc gewählte Lösungen, die kurzfristig die bestehenden Schwierigkeiten mildern, aber nicht beheben können. Das wird sich nach alldem, was man wenige Tage vor der Eröffnung des XXIII. Parteitages der sowjetischen Kommunisten über die gewählten Ratschläge und Rezepte weiß, auch durch die von diesem Kongreß beschlossenen Maßnahmen kaum grundsätzlich ändern lassen. Rußland braucht sehr radikale Eingriffe politischer, wirtschaftlicher und kulturpolitischer Natur, um vorerst den Anschluß an die moderne Entwicklung der Menschheit zu finden und dann in einem harmonischen Gleichschritt weiter zu schreiten.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Der Kampf gegen die Inflation

Die wirtschaftspolitische Diskussion steht seit Jahr und Tag im Zeichen der Konjunkturdämpfung. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit steht dabei naturgemäß der Kampf gegen die Teuerung im Mittelpunkt. Und ausgerechnet an dieser Front haben die Konjunkturbeschlüsse die schlechtesten Ergebnisse gezeitigt. Der Lebenskostenindex erfuhr 1965 sogar eine besonders krasse Steigerung. Selbst wenn man den verregneten Sommer und die damit verbundenen landwirtschaftlichen Preissteigerungen gebührend in Rechnung stellt, bleibt noch immer eine Teuerungsquote, die höher als jene der Vorjahre liegt.

Es war unter diesen Umständen zu erwarten, daß die in der Frühjahrssession des Nationalrats fällige Stellungnahme zum Antrag des Bundesrates, den Kreditbeschluß um ein weiteres Jahr zu verlängern, umstritten sein würde. Den hellhörigen Volksvertretern war es nicht entgangen, daß die Konjunkturpolitik des Bundesrates in vielen Kreisen als Fehlschlag empfunden wird. Es hat sich seit Jahresende ein deutlicher Klimawechsel abgezeichnet. Dazu fiel für manche Parlamentarier die objektive Feststellung ins Gewicht, daß in den andern Bereichen deutliche konjunkturpolitische Erfolge registriert werden können, so daß viele von einem fieberfreien Patienten zu sprechen begannen. Andere wiederum, wie

etwa der sozialdemokratische alt Bundesrat Max Weber, stellten sich auf den Standpunkt, man hätte auch den Baubeschluß beibehalten sollen, da die beiden Beschlüsse eine Einheit bildeten und nur zusammen wirkungsvoll seien.

Unter diesen Voraussetzungen konnte es nicht überraschen, daß sich die vorberatende nationalrätliche Kommission nur noch zögernd zu einem Ja durchzuringen vermochte. Hatte die Kommission des Ständerats im Dezember noch mit 24 gegen eine Stimme Befürwortung beantragt, so lautete hier das Resultat 9 zu 5 (bei 27 Kommissionsmitgliedern) zugunsten der Fortsetzung. Die Stimmung war also lau, und man war im Hinblick auf die Plenardebatte auf einiges gefaßt.

Auf halbem Wege

Wenn der Nationalrat nach einer Marathon-diskussion die Weiterführung des Kreditbeschlusses schließlich doch mit 89 zu 55 Stimmen befürwortete, so geschah dies offensichtlich aus der Erkenntnis heraus, daß es falsch wäre, auf halbem Weg stehen zu bleiben. Der Kampf gegen die Inflation kann nicht kurzfristig gewonnen werden, und sein Erfolg oder Mißerfolg wird auch nicht unbedingt postwendend und für jedermann sichtbar. Bei ehrlicher Selbstprüfung wird sich außerdem mancher Volksvertreter haben sagen müssen, daß die Resultate einer Konjunkturpolitik nicht allein vom Instrumentarium, sondern auch von dessen Anwendung abhängen. Und hier wird man zugeben, daß aus Gründen der politischen Rücksicht auf verschiedenen Ebenen mancher wirtschaftspolitische Entscheid gefällt worden ist, der nicht im Einklang mit den gleichzeitig laufenden Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung gestanden hat. Wenn anderseits die OECD als objektiv registrierendes internationales Organ trotzdem feststellen konnte, daß die antiinflationistischen Maßnahmen der schweizerischen Regierung weitgehend erfolgreich gewesen seien, so beweist dies, daß die Konjunkturbeschlüsse als Konzept doch nicht allzu verfehlt gewesen sein müssen.

Bundespräsident Schaffner konnte daher mit gutem Gewissen mahnen, man solle die Übung nicht vorzeitig abbrechen.

Mit dem Entscheid des Nationalrates ist das Traktandum Konjunkturpolitik allerdings noch nicht endgültig erledigt. Der Kampf gegen die Inflation und damit um die Gesunderhaltung unserer Wirtschaft bedarf weiterer Impulse, wenn er endgültig Erfolg haben soll. Vieles wird davon abhängen, ob es — mit Bundespräsident Schaffner zu reden — gelingen wird, die Expansion der Produktivität weiter in die Tiefe statt in die Breite zu richten. Die Zügelung der Konjunktur ist und bleibt mit andern Worten mehr als ein indexpolitisches Problem; es geht um eine vernünftige, unseren Möglichkeiten angemessene Struktur- und Grundlagenpolitik, wobei die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß es hier nicht ohne eine wenn auch sorgfältig dosierte Mitwirkung des Staates geht. Das bedeutet so lange keine Gefährdung der Wirtschaftsfreiheit, als die öffentliche Hand ihren Auftrag in der Bewahrung der Voraussetzungen für eine freie Wirtschaft und nicht in deren Zerstörung erblickt.

«New Look» des politischen Kampfes?

Welch tiefe Spuren die konjunkturpolitische Diskussion der letzten Jahre im öffentlichen Bewußtsein hinterlassen hat, zeigten auch die Interpretationen der stadtzürcherischen Wahlergebnisse. Die Frage, wie weit die Resultate durch die eidgenössische Politik mitbeeinflusst worden seien, fehlte in keinem Wahlkommentar. Zwar ist zum Beispiel der Vormarsch des Landesrings der Unabhängigen sicherlich nicht allein damit erklärbar, daß diese Partei den teilweisen Fehlschlag der Teuerungskämpfung im Wahlkampf konsequent auszuwerten suchte. Ein gewisser Einfluß ist aber um so wahrscheinlicher, als es sich hier um eine politische Gruppe handelt, die einem wirtschaftlichen Unternehmen mit ausgeprägter Preis- und Konsumentenpolitik verbunden ist.

Wenn die Zürcher Wahlen auch sonst als ein Ereignis von gesamtschweizerischem Interesse gewürdigt worden sind, so nicht

zuletzt deshalb, weil sie im Zeichen eines vieldiskutierten «Neuen Stils» standen. Sein Hauptmerkmal war der öffentliche Dialog der Stadtpräsidentatskandidaten, ein Dialog, der zudem über weite Strecken in geradezu freundschaftlicher Art geführt wurde. Der Erfolg schien nicht ausbleiben. Die Säle waren meist überfüllt, die Veranstaltungen wurden nicht nur in der Presse, sondern auch privat eingehend diskutiert.

Nach genauer Betrachtung sind allerdings einige modifizierende Anmerkungen angebracht. Zunächst muß zu denken geben, daß der «Neue Stil» letzten Endes doch keine zusätzlichen Wähler zu mobilisieren vermochte. Die Stimmbeteiligung war praktisch gleich wie vor vier Jahren, obwohl es sich damals lediglich um eine unbestrittene Bestätigungswahl gehandelt hatte, während es diesmal um die Neubesetzung des höchsten Amtes der größten Schweizerstadt ging. Die neue Taktik, die gerade auch auf jene ausgerichtet war, welche jeweils ihr geringes politisches Interesse mit dem Hinweis auf unschöne Begleiterscheinungen früherer Wahlkämpfe zu begründen pflegten, vermochte also trotz großer Bemühungen keinen grundlegenden Klimawechsel zu erzeugen.

Andererseits wurden erstaunlich viele Stimmen laut, die den mit dem neuen, betont persönlichen Kampfstil verbundenen Verlust an politischem Profil als deutlichen Nachteil empfunden haben. Die «Entpolitisierung» dürfte sich in der Tat nicht nur vorteilhaft ausgewirkt haben. Das weitgehende Ausklammern von grundsätzlichen Konzeptionen wurde in vielen Kreisen als Mangel empfunden und hat sich wohl vor allem auch auf den Verlauf der Proporzahlen ins kommunale Parlament, den Gemeinderat, eher nachteilig ausgewirkt.

Eine vorläufige Bilanz wird also festhalten müssen, daß der «Neue Stil» zwar als Mittel persönlicher Kontaktnahme zwischen den Bürgern und den Kandidaten der Majorzwahl in die Exekutive großen Anklang gefunden hat, daß er aber keineswegs das Wundermittel zur Wiederaufwertung der Politik darstellt. Man wird darüber hinaus nicht vergessen dürfen, daß der Wettbewerb um das Zürcher Stadtpräsidium

in mancher Hinsicht einen Sonderfall verkörpert, der nicht ohne weiteres verallgemeinert werden kann.

Meinungslos?

In Zürich hat sich anfangs März ein «Komitee zur Information über den Vietnamkrieg» gebildet. Es unterstellt, daß die schweizerische Öffentlichkeit zu wenig informiert sei über die Verhältnisse in Vietnam, und möchte erreichen, daß unsere öffentliche Meinung die Friedensbemühungen stärker unterstütze. Wörtlich heißt es in einer Erklärung: «Es ist an der Zeit, daß sich unser Volk eine Meinung bildet und nicht einer das Unrecht tolerierenden Gleichgültigkeit Vorschub leistet.»

Was heißt hier «schlecht informiert»? Daß uns zu wenig bewußt ist, mit welcher Systematik die Kommunisten seit dem Waffenstillstand von 1954 die Unterhöhung des nichtkommunistischen Südvietnam betrieben haben? Daß die Kommunisten dabei zuviel Prestige investiert haben, als daß sie eine Schlappe riskieren könnten? Daß die USA auch in diesem Fall ihre Pflicht als Schutzmacht der Freiheit tun und dabei einen hohen Blutzoll entrichten?

Ein Blick auf die Liste der Persönlichkeiten, welche die Erklärung mitunterschrieben haben, zeigt sofort, daß die Tendenz des Unternehmens in eine andere Richtung geht. Es sind Linkssozialisten sowie Intellektuelle, Künstler und Theologen, die sich im Zeichen einer wohlmeinenden, aber nicht übertrieben realistischen Menschlichkeit immer wieder mit humanitären Appellen identifizieren, gegen die nicht das geringste einzuwenden wäre, wüßte man nicht allzu genau, daß sie von den Kommunisten mit kaltschnäuziger Raffinesse vor den Karren ihrer weltweiten Agitation gespannt würden. Den emotionellen Hintergrund bildet bei den meisten ein antiamerikanischer Affekt, der psychologisch verständlich sein mag, der aber völlig an der Tatsache vorbeigeht, daß eben jene freie Meinungsbildung, die von diesen Intellektuellen gefordert wird, nur dank der ständigen globalen Präsenz der amerikanischen Schutzmacht der Freiheit möglich ist.

Schluß eines trüben Kapitels

In Lausanne hat am 18. März eines der trübsten Kapitel der Jurakrise seinen Abschluß gefunden, indem das Bundesstrafgericht die beiden Hauptverantwortlichen für die seinerzeitige Serie von Terrorakten, Marcel Boillat und Jean-Marie Joset, zu acht beziehungsweise sieben Jahren Zuchthaus verurteilte. Bei der Niederschrift dieser Zeilen ist noch nichts über die Reaktion im Jura bekannt. Die Separatisten werden aber sicherlich nichts unterlassen, um in der publizistischen Ausschlichtung das nachzuholen, was ihnen im Verlauf der Gerichtsverhandlungen offensichtlich nicht gelungen ist: den Prozeß zu einer Ausmarchung mit dem Staat Bern umzubiegen. Zwar hatten die Verteidiger der Angeklagten alles getan, um die Affäre auf die rein politische Ebene zu heben; ihre Plädoyers waren völlig darauf ausgerichtet, die Angeklagten als Opfer der politischen «Unrechtssituation» hinzustellen und ihnen durchweg achtenswerte Beweggründe zuzubilligen. Doch die Anklage lehnte es ab, ihnen dabei Folge zu

leisten. Und das Gericht konzentrierte sich bei der Strafbemessung auf den Tatbestand einer 18 Monate währenden verbrecherischen Tätigkeit mit dem Ziel, Behörden und Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Daß die Angeklagten weder Einsicht noch Reue bekundeten und ihr Schlußwort mit separatistischen Parolen garnierten, gehört mit ins Bild jener geistig-politischen Landschaft, von deren Exponenten der hochangesehene welsche Leitartikler Pierre Béguin kürzlich sagte: «Sie hören nicht auf, ihre kulturelle, geistige und intellektuelle Verwandtschaft mit Frankreich hervorzuheben. Um eher den Sieg davontragen zu können, möchten sie die ganze welsche Schweiz in diese Richtung mit sich fortreißen.» In diesem Geist liegt die wahre Ursache der Verbrechen, die nun in Lausanne gesühnt werden mußten, Verbrechen, für die letzten Endes doch jene Separatistenführer die moralische Verantwortung auf sich nehmen müssen, welche seit Jahr und Tag straflos den Geist der Zwietracht und des Hasses schüren.

Spectator

DER STAND UNSERER LANDESVERTEIDIGUNG

Rückblick und Ausblick

Die Verjüngung der Armee

Die Bundesverfassung stellt den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht auf, überläßt aber deren vernünftige Begrenzung der Gesetzgebung. Die Auffassungen über die Dauer der Wehrpflicht ändern sich mit der Zeit. Von 1907 bis 1939 dauerte die Wehrpflicht vom 20. bis zum 48. Altersjahr. Von

1940 bis 1963 wurde sie bis zum 60. Altersjahr ausgedehnt. 1967 wird sie wieder herabgesetzt bis zum vollendeten 50. Altersjahr. Augenblicklich befindet sich die Armee in der letzten Phase einer dreistufigen Übergangslösung, die auf Beginn des Jahres 1967 von der neuen Lösung der Wehrpflichtdauer und des Umfanges der einzelnen Heeresklassen abgelöst wird.

	Übergangsregelung		definitive Regelung	
	1966		ab 1967	
Auszug	20.—33.		20.—32. Altersjahr	
Landwehr	34.—44.		33.—42. „	
Landsturm	45.—53.		43.—50. „	
Wehrpflicht für — Soldaten, Unteroffiziere	20.—53.		20.—50. Altersjahr	
	34		31 Jahrgänge	
— Offiziere	20.—57.		20.—55. Altersjahr	
	38		36 Jahrgänge	

Die starken Jahrgänge der Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsjahre, die besonders im Sommer unsere Kasernen bis zum letzten Schlafplatz füllen, kompensieren die beschlossene Herabsetzung des Auszuges um 4 Jahrgänge. Bei der Landwehr und beim Landsturm, bei denen sich die starken Jahrgänge der Kriegsjahre noch nicht auswirken können, führt aber die Herabsetzung der Heeresklassen zu einer fühlbaren Schwächung der Bestände, die gebieterisch zu organisatorischen Änderungen für die Truppen der beiden älteren Heeresklassen rufen.

Hand in Hand mit der Änderung der Heeresklassen geht ab 1967 eine Verlängerung der *Schießpflicht* um zwei Jahre bis zum 42. Altersjahr. Im laufenden Jahr dauert die Schießpflicht als Übergangslösung bis zum 41. Altersjahr. Diese geringfügige Ausdehnung der Schießpflicht führt zum erfreulichen Ergebnis, daß von 1967 an die Wehrmänner des Auszuges und der Landwehr bis zum Übertritt in den Landsturm schießpflichtig sind. Die mehr oder weniger willkürliche bisherige Begrenzung mit dem 40. Altersjahr weicht damit einer sinnvollen Anpassung an die neuen Heeresklassen.

Kaderschulen und Truppenkurse

Stellung und Verantwortung des Einheitsfeldweibels haben an Bedeutung derart gewonnen und verlangen heute so viele Spezialkenntnisse, daß eine bessere Vorbereitung und Ausbildung der angehenden *Feldweibel* unumgänglich geworden ist. Die Dauer der Feldweibelschulen ist daher bereits Ende 1965 von 2 auf 5 Wochen ausgedehnt und damit der Dauer der Fourierschulen angeglichen worden, so daß nun bereits die Rekrutenschulen des laufenden Jahres über länger ausgebildete Feldweibel verfügen.

Die Offiziersausbildung ist 1962 neu geregelt worden. Die damit verbundene Verlängerung der meisten *Offiziersschulen* sollte deren Zweiteilung ermöglichen, wobei die Auffassung herrschte, in einem ersten, allgemeinen Teil könnten Offiziersschüler verschiedener Truppengattungen zusammengefaßt werden, während die fachdienstliche Ausbildung der einzelnen Truppengattungen

auf den zweiten Teil konzentriert würde. Die Offiziersschulen wurden verlängert, die zeitliche und programmatische Zweiteilung aber unterblieb, mit Ausnahme der Offiziersschulen der Sanitätstruppen, die, in Anpassung an die Studienverhältnisse der Medizinstudenten, in zwei Teilen durchgeführt werden.

Die Militärorganisation von 1960 sieht für den neuen *Landsturm* wie für die anderen Heeresklassen periodische Instruktionsdienste vor. Mit der stufenweisen Herabsetzung der Heeresklassen begann auch die Einberufung von Dienstpflichtigen zu Landsturmkursen. Sie beschränkte sich 1964 zunächst auf LandsturMLEUTE in gemischten Formationen, worauf 1965 erstmals auch Landsturmformationen einberufen wurden. Auf diese verheißungsvollen Anfänge erfolgt 1966 ein doppelter Rückschlag. Im Hinblick auf die notwendige Reorganisation des Landsturms werden 1966 keine Territorialkompagnien aufgebildet. Die Einberufung zum Landsturmkurs beschränkt sich auf 5 LandsturMLEUTELEGRAPHENkompagnien und auf die LandsturMLEUTE gemischter Formationen der Jahrgänge 1917 bis 1921. Einer Anregung aus dem Parlament Folge leistend, hat der Bundesrat beschlossen, LandsturMLEUTE seien im letzten Jahr ihrer Wehrpflicht nicht mehr zum Instruktionsdienst einzuberufen.

Auf dem Gebiet der Manöverübungen größerer Verbände hat man in den letzten Jahren neue Lösungen gesucht, indem man Divisionen und Grenz- oder Reduitbrigaden einander gegenüberstellte. In anderer Richtung gehen die Herbstmanöver des laufenden Jahres, an denen die drei Gebirgsdivisionen sowie Armeekorps- und Fliegertruppen teilnehmen werden. Der Hang zum Gigantischen, der in den letzten Jahren schon in verschiedenen künstlich aufgeblähten Defilees zur Geltung kam, greift nun auch auf die Manöver über.

Das heftige Auftreten der Maul- und Klauenseuche hat sich auf die Armee verschieden ausgewirkt. Ein infolge der Seuche zu wiederholten Dislokationen gezwungenes Regiment mußte schließlich vorzeitig entlassen werden, und verschiedene Kurse im Januar/Februar wurden auf einen späteren

Zeitpunkt verschoben. Andererseits hat das Militärdepartement gegen Jahresende ein Metzgerdetachement aufgeboden und im Schlachthof Bern zur Mitarbeit bei den zahlreichen seuchenbedingten Schlachtungen eingesetzt. Eine Verfügung des Militärdepartements aus dem Jahre 1955 regelt den *Einsatz von Truppen zu zivilen Zwecken*, der grundsätzlich nur in Katastrophenfällen vorgesehen ist oder bei einer Art des Einsatzes, der gleichzeitig der militärischen Ausbildung dient. Beispiele solcher zulässiger Truppeneinsätze sind die Gletscherkatastrophe von Mattmark oder die Verkehrsregelung durch militärische Straßenzpolizei bei bestimmten Großanlässen. Das Metzgeraufgebot widerspricht dieser Verfügung genau so wie der Einsatz von Luftschutztruppen zur Reinigung der Bodenseeufer oder von Artillerierekruten zur Säuberung des Pfynwaldes im Wallis. Es ist bedauerlich, daß sich das EMD souverän über seine eigenen Verfügungen hinwegsetzt und damit die Armee zu einem allgemeinen Dienstleistungsinstitut herabsetzt.

Waffen und Panzer

Die Ausrüstung der Armee mit dem *Sturm-gewehr* ist 1965 in eine neue Phase getreten: an die Rekruten aller Truppengattungen, mit Ausnahme der Sanität, werden nur noch Sturmgewehre abgegeben; der Karabiner ist aus den Rekrutenschulen verschwunden. Die Sanitätstruppen, von denen bisher ein Teil mit Karabiner bewaffnet war, erhalten nun Pistolen und Maschinenpistolen zum Schutze der sanitätsdienstlichen Einrichtungen und der ihnen anvertrauten Verwundeten und Kranken gegen Plünderer und Marodeure. Aber auch diese Bewaffnung und Ausbildung erfaßt nur einen Teil der Sanitätstruppen; ein anderer Teil bleibt weiterhin unbewaffnet und kann infolgedessen nach wie vor Leute aufnehmen, die aus Gewissensgründen keinen Dienst mit der Waffe leisten wollen. Wenn bei bestimmten Truppen in kurzer Zeit die Bewaffnung mehrmals ändert, regen sich gewisse Zweifel in das Bestehen einer langfristigen Planung. So änderte die Bewaffnung der Panzer-

soldaten vom Karabiner über die Pistole zum Sturmgewehr. Den gleichen Wechsel erlebten innerhalb weniger Jahre die Angehörigen der Reparaturtruppen und die Truppenhandwerker anderer Truppengattungen. Dieser Wechsel betrifft nicht allein die Rekrutenausrüstung; die mit Pistole ausgerüsteten Waffenmechaniker der Infanterie, der Mechanisierten und Leichten Truppen wurden im Wiederholungskurs 1965 umbewaffnet.

Die mechanisierten Truppen haben im Wiederholungskurs 1965 den *Schützenpanzer* eingeführt und damit verschiedene organisatorische Änderungen verbunden: Umwandlungen von Motordragonern in Panzergrenadierbataillone, von Minenwerferkomp. in Panzerminenwerferkompagnien und Aufstellung weiterer Aufklärungsbataillone. Nach der Ausbildung von Rekruten am schweizerischen *Panzer 61* sind auf 1966 auch die ersten Panzereinheiten mit diesem Kampffahrzeug aufgestellt worden.

Die schrittweise Umbewaffnung der schweren *Fliegerabwehr* mit der mittleren 35-mm-Flak-Kanone oder mit Lenkwaffen wird auch 1966 planmäßig fortgesetzt.

Politik und Armee

Die eidgenössischen Räte haben 1965 zahlreiche Militärvorlagen gutgeheißen und erhebliche Beschaffungskredite bewilligt:

28. 9. 65	Leichtflugzeuge	38 Mio.
29. 9. 65	Landerwerb	60 „
12. 10. 65	Mirage, Zusatzkredit und Material	159 „
6. 12. 65	Turn- und Sport-schule	15 „
15. 12. 65	Militärische Bauten	215 „
15. 12. 65	Rüstungsprogramm 1965	619 „
	Zusatzkredite	98 „
16. 12. 65	Führungssystem Florida	203 „
Total 7 Vorlagen mit einer Ausgabensumme von		1407 Mio.

Um so überraschender erfolgte die pauschale Kürzung des Militärbudgets für 1966

um 100 Mio., der vor allem die Mitglieder zweier Parteien der «Regierungskoalition» zustimmten als ausgesprochene parteipolitische Demonstration gegen die Führung des Militärdepartementes. Wie die sehr fortschrittlich eingestellte Kantonale Offiziersgesellschaft Zürich in ihrem Jahresbericht feststellt, «gefallen sich gewisse Parlamentarier, leider aber auch Parteien und Fraktionen darin, unser Wehrwesen zum Objekt der Politik zu machen. An die Stelle von sachlicher Kritik aufbauenden Vorschlägen sind bloße Lippenbekenntnisse und Demonstrationen auf Grund persönlicher Empfindlichkeiten getreten. Dies darf nicht Schule machen¹».

In diesem Zusammenhang sei auch die seltsame Art und Weise erwähnt, in der der Rücktritt des früheren und die Wahl des neuen Ausbildungschefs, ferner die Wahl des neuen Waffenchefs der Leichten Truppen mitgeteilt wurden. Früher war es im allgemeinen üblich, den Rücktritt eines Amtsinhabers und die Wahl des Nachfolgers

gleichzeitig bekannt zu geben. 1965 aber wurden die Neuigkeiten im Abstand von Wochen getrennt bekanntgegeben, ein Verfahren, das zu Interventionen von Parteien, Presse und Gruppen zugunsten bestimmter Nachfolger geradezu einlud. Auf einen analogen Mißgriff wiesen wir bereits 1957 hin anlässlich der Verjüngung der Landesverteidigungskommission². Wenn die Anteilnahme der Öffentlichkeit bei der Ernennung unserer höchsten Armeeführer grundsätzlich ein sehr positives Interesse beweist, ist es andererseits doch unerwünscht, daß sich die Öffentlichkeit derart intensiv mit den möglichen Nachfolgern befaßt. Im Interesse der Armee ist zu wünschen, daß der Bundesrat in Zukunft wieder Rücktritt und Wahl des Nachfolgers im gleichen Zeitpunkt bekanntgibt.

Miles

¹NZZ Nr. 209, 17. 1. 66. ²Schweizer Monatshefte, Dezembernummer 1957, S. 814/815.

QUERSCHNITT DURCH WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Im Text verwendete *Abkürzungen*: Bär-Bericht = Wochenbericht des Bankhauses Julius Bär & Co., Zürich. — Deutschland-Schweiz = Deutschland-Schweiz/Schweiz-Deutschland, Organ der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Zürich. — Digest = Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen. — FuW = Finanz und Wirtschaft. — Industrie = Die Industrie, Offizielles Organ Österreichischer Industrieller, Wien. — Kreditwesen = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M. — SAZ = Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung. — SHZ = Schweiz. Handelszeitung. — Wirtschaftliche Mitteilungen = Wirtschaftliche Mitteilungen der Zentrale für Handelsförderung, Lausanne.

Schweizerische Wirtschaft

Wirtschaftliche Entwicklung

Francesco Kneschaurek: Staat und Wirtschaftswachstum, SHZ, 20. und 27. 1. 66.

Egon Tuchteld: Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz, *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, Dezember 1965. Eidg. Statistisches Amt, Der private Konsum seit 1958, *Die Volkswirtschaft*, Januar und Februar 1966. Der Wohlstand der Schweiz und ihrer Kantone, *Bär-Bericht*, 17. 2. 66. Die *Schweizerische Kreditanstalt* und die *Schweizerische Bankgesellschaft* publizierten in gewohnter Weise zum Jahresübergang Querschnitte durch die schweizerische Wirtschaft mit zahlreichen Branchenberichten.

Einzelne Wirtschaftssektoren

Die Sonderbeilage der SHZ zur Ausgabe vom 16. 12. 65 orientiert über Struktur, Probleme und Zukunftsaufgaben der schweizerischen Nutzfahrzeugindustrie. J. Ungricht: Nachwuchsrekrutierung im Gewerbe, *Internationales Gewerbearchiv*, Dezember 1965. A. Guttersohn: Das Fachgeschäft und seine besonderen Funktionen, seine Möglichkei-

ten in der heutigen Zeit, *Schweiz. Gewerbezeitung*, 11. 2. 66. Jean-Pierre Colomb und Fridolin W. Jenny: Die schweizerische Bauindustrie (Stand und Probleme der schweizerischen Wirtschaft, Nr. XIX), *Wirtschaftspolitische Mitteilungen* der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Februar 1966. René L. Frey: Bauherr und Produktivitätssteigerung im Wohnungsbau, *SAZ*, 13. 1. 66. Que représente Ebauches S.A. dans l'industrie horlogère suisse?, *La Suisse horlogère*, 27. 1. 66.

Banken und Finanzen

Schweizerischer Bankverein: Bankverein-Index der Schweizer Aktien. Eine graphische Übersicht über die Entwicklung seit 1959, unterteilt nach einzelnen Aktienkategorien. J. Lademann: Zur Lage am Geld- und Kapitalmarkt, *SAZ*, 20. 1. 66. H. Vontobel: Finanzskandale in der Schweiz — Versuch einer Klarstellung, *SHZ*, 24. 2. 66. Das Depotstimmrecht der Banken ist revisionsbedürftig, *FuW*, 8. 1. 66. Werner Altorfer: Das neue schweizerisch-schwedische Doppelbesteuerungsabkommen, *Steuer-Revue*, Januar 1966. Die Publikation der *Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung* zum Entwurf eines *Bundesgesetzes über die Anlagefonds* (vom 23. 11. 65) hat zahlreiche Kommentare ausgelöst, die zum Teil recht kritisch sind: Der Gesetzesentwurf über die Anlagefonds, *NZZ*, Nr. 5435 und 5443, 17. 12. 65. Das Anlagefondsgesetz — vom Anleger aus gesehen, *NZZ*, Nr. 233, 19. 1. 66. Arthur Meier-Hayoz: Zum Entwurf eines Gesetzes über die Anlagefonds, *NZZ*, Nr. 664, 16. 2. 66. Den Interessen der Investment-sparer wird besser Rechnung getragen, *FuW*, 15. 1. 66. Der Anlagefonds — ein Glashaus mit Milchscheiben?, *FuW*, 19. 1. 66. W. Eisenbeiß: Die umstrittene Publizitätsforderung im Anlagefondsgesetz, *FuW*, 12. 2. 66.

Sozialpolitik und Probleme der Unternehmung

De la loi sur les fabriques à la loi sur le travail, *SAZ*, 17. 2. 66 (in Fortsetzungen). La nouvelle loi fédérale sur le travail, *La Suisse horlogère*, 17. 2. 66. A. Leuzinger: Neue Positionen für die schweizerischen Berufsschu-

len, *Gewerkschaftliche Rundschau*, Dezember 1965. Jürg Siegenthaler: Zum Lebensstandard schweizerischer Arbeiter im 19. Jahrhundert, *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Dezember 1965. Pläne und Möglichkeiten zur Verwirklichung der Freizügigkeit zwischen Personalvorsorgekassen. Auszug aus einem Buch von Hansjörg Rottmann. *Gewerkschaftliche Rundschau*, Dezember 1965. Conrad von Burg: Warum wird die Stelle gewechselt?, *Betriebsführung*, Februar 1966. Selbstbehaupten oder «Gesundshrumpfen»: Existenzfragen der Familienunternehmen. Auszugsweise Wiedergabe einer Untersuchung von J. Weibel. *SHZ*, 24. 2. 66.

Diverses

Die *Gewerbliche Rundschau*, Dezember 1965, ist unter dem Titel «Das Gewerbe zur schweizerischen Wirtschaftspolitik» in vollem Umfang einer angriffig geschriebenen wirtschaftspolitischen Standortbestimmung des Gewerbes gewidmet. In grundsätzlicher Hinsicht wird dagegen Stellung genommen, daß eine allgemeine Verantwortung des Bundes für den Gang der Wirtschaft, «gewissermaßen als ungeschriebene Staatsaufgabe», konstruiert werde. Es wird dem Bund das Recht bestritten, unter dem Titel der Konjunkturdämpfung in die Wirtschaft zu intervenieren. Auch werden die Versuche der Regierung abgelehnt, durch die Institutionalisierung der Gespräche zwischen den Sozialpartnern die Verantwortung für Beschlüsse von sich abzuwälzen. Ebenso wenig findet eine Kompetenzerweiterung für die Nationalbank Gnade, da sie zu einer «politisch nicht tragbaren Machtkonzentration» führen müsse. Konsequenterweise werden auch die Ansätze zu einer staatlich betriebenen wirtschaftlichen Strukturpolitik bekämpft, wobei sich aber das Programm ebenso von einer auf Konservierung der jetzigen Wirtschaftsstruktur ausgerichteten Politik distanziert.

Die *Revue économique Franco-Suisse* Nr. 3/1965 bringt eine Reihe von Beiträgen über die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit in den Räumen Basel und Genf. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und

Arbeit (BIGA): Grundlagen und Berechnungsmethode des revidierten Großhandelsindex, *Die Volkswirtschaft*, Januar 1966. Michael Kohn: L'attività degli uffici tecnici svizzeri nei paesi in via di sviluppo, *La Svizzera industriale e commerciale*, Dezember 1965.

Ausländische Volkswirtschaften

Die *Wirtschaftlichen Mitteilungen* bringen in einer Spezialnummer (1/2 vom 12. 1. 66) einen ausgedehnten Überblick über die jüngste Wirtschaftsentwicklung in mehr als 80 Ländern. Die vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel betreute Halbjahresschrift *Die Weltwirtschaft* gibt in Heft 2/1965 eine eingehende Analyse der internationalen Wirtschaftslage und der Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Ländern im 2. Halbjahr 1965; 103 Seiten Text und 83 Seiten Tabellen (erscheint bei Mohr, Tübingen).

Europa und die USA

Heinz Allenspach: Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Europa und der Schweiz, *Wirtschaftspolitische Mitteilungen* der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Januar 1966. Die Entwicklung des Konsumkredits in Europa und den Vereinigten Staaten, Dezember-Bulletin 1965 des *Schweizerischen Bankvereins*, Übersicht auf Grund einer Enquete über den neuesten Stand (einschließlich Schweiz). Christian Franck: Die Maschinenbauindustrie in der EWG, *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, Dezember 1965. C. Boon: Die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe in Europa, *Agrarpolitische Revue*, Januar 1966. Le commerce des produits agricoles en Europe: Développements récents, *ECE-Nouvelles* (Commission économique des Nations Unies pour l'Europe, Genève), Februar 1966.

Deutschland. Im Januar-Heft der *Monatsblätter für freibetriebliche Wirtschaftspolitik* steht im Vordergrund das Thema Mitbestimmung, dessen Problematik von Arbeitgeberseite in einigen kurzen Artikeln in seinen verschiedenen Aspekten beleuchtet wird. — Der Streit um die erweiterte Mitbestimmung.

Einige Autoren diskutieren das Problem unter verschiedenen Gesichtspunkten, *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, Januar 1966. Dieter Hangartner: Zollwert bei Einfuhren durch Alleinvertreter, *Deutschland-Schweiz*, Januar 1966. Josef Leis: Vom Sinn und Unsinn der Volksaktie, *Kreditwesen*, 1. 2. 66. Günter Pehl: Geldwertstabilisierung ohne Stagnation, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Köln, Februar 1966.

Österreich. Carl A. Ehrhardt: EWG-Österreich — Die «erste Lesung» ist beendet, *Industrie*, 11. 2. 66. Arbeitsplatzgestaltung für ältere Arbeitskräfte — Erfahrungen in Österreich, *Industrie*, 7. 1. 66. Bleiben wir industriell zurück?, *Industrie*, 14. 1. 66.

Schweden. Hans Swedberg: Kreditfragen der Ausfuhr, Vierteljahresbericht der *Skandinaviska Banken*, Nr. 4/1965. Bo E. Thomé: Schwedens Einsatz für die Entwicklungsländer — Der privatwirtschaftliche Beistand, Vierteljahresbericht der *Skandinaviska Banken*, Nr. 4/1965.

Diverse. The British tariff system, *Three Banks Review*, London, Dezember 1965. Whither French planning?, *Quarterly Journal of Economics*, Cambridge, Mass., USA, November 1965. Francesco Lechi: Über die Produktivität in der italienischen Landwirtschaft, *Agrarpolitische Revue*, Dezember 1965. The American way of growth, *Economist*, 29. 1. 66.

Osteuropa und China

Anatol J. Michailowsky, Weltkommunismus als wirtschaftlicher Gegenspieler, *Betriebsführung*, Januar 1966. Le vrai visage de l'économie soviétique. Ausführliche Besprechung eines Buches von A. Masnata, *Wirtschaftliche Mitteilungen*, 23. 2. 66. Die Kraftfahrzeugindustrie — auch im Osten ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, *Industrie*, 28. 1. 66. Heinrich Vogel: Industrielle Betriebsführung in der UdSSR, *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, Dezember 1965. Evsei Leberman: Profit as the servant of communism, *Economist*, 26. 2. bis 4. 3. 66.

Übrige Gebiete

Robert Florin: Les régimes spéciaux instaurés par les pays sous-développés en faveur

des investissements privés étrangers, *Steuer-Revue*, Dezember 1965. Behandelt vor allem die Verhältnisse in afrikanischen Ländern, besonders der Franc-Zone. Australien aus der Sicht des Kapitalanlegers, *Digest*, Nr. 1/1966. Der australische Aktienmarkt, *Digest*, Nr. 1/1966.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Digest, Dezember 1965, bringt eine Reihe von Stimmen unter den verschiedensten Gesichtspunkten und aus verschiedenen Ländern über die zweigleisige Integrationsentwicklung in Europa und die EWG-Krise. Wolf Donner: Welternährung im Jahre 2000, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Köln, Januar 1966. Die Erdölgewinnung der Welt, *Digest*, 10. 2. 66. Wird die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern größer oder kleiner? *Bär-Bericht*, 27. 1. 66. Is aid out? What must be done to stop the next world crisis? *Economist*, 19.—25. 2. 66. Der Frage der internationalen Währungsreform, die seit einiger Zeit auf weltweiter Ebene diskutiert wird, wurde auch in der Berichtszeit große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Zeitschrift *Außenwirtschaft* stellte die Doppelnummer September/Dezember 1965 unter den Titel «Der Gold-Devisen-Standard im Kreuzfeuer der Kritik» und läßt verschiedene Aspekte des Problems von einer Reihe von Autoren behandeln: Alfred Boßhardt: Betrachtungen zur internationalen Währungsdiskussion. L. Albert Hahn: The newest phase of the international monetary debate. Ernst Heuß: Fiktive und wirkliche Probleme der internationalen Währungsordnung. Emil Küng: Braucht die Weltwirtschaft zusätzliche Liquidität? Georges Paillard: Kritik der Golddevisenwährung und Reformvorschläge. Wilhelm Röpke: Frontlinien der Währungsdiskussion. Bodo Steinmann: Zwischenbilanz der Diskussion um die internationale Währungsordnung. Weitere Beiträge zu diesem Fragenbereich: F. Aschinger: Probleme einer internationalen Währungsreform, *NZZ*, Nr. 305, 316, 320 vom 23. und 24. 1. 66. Annual gold review, *First National City Bank*, Monthly Economic Letter, Januar 1966. Demoneti-

sierung des Goldes — eine Lösung? *Kreditwesen*, 15. 2. 66. Ultima ratio der Währungsordnung? *Kreditwesen*, 15. 2. 66.

Allgemeine Wirtschaftsfragen

Probleme der Unternehmung

NZZ, Betriebswirtschaftliche Beilage, 18. 1. 66: Beiträge verschiedener Verfasser zum Thema «Die konsolidierte Bilanz als betriebliches Führungsmittel und Publizitätsinstrument». Bernhard Schwoerer: Die Bewertung des Managements, *SHZ*, 27. 1. 66. W. Hill: Unternehmungsführung und Betriebswirtschaftslehre, *SAZ*, 6. 1. 66. Hans Rothe: Neue Wege im Personalbereich der Unternehmen, *SAZ*, 27. 1. und 3. 2. 66. *Der Arbeitgeber*, Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 20. 1. 66, beleuchtet in mehreren Artikeln verschiedene Aspekte der Werksverpflegung. Bessere Verwendung älterer Arbeitskräfte: Positive Erkenntnisse eines OECD-Seminars, *Industrie*, 18. 2. 66.

Diverses

Die *SHZ* vom 27. 1. 66 enthält drei informatorische Artikel über das Gebiet der Kunststoffe: «Kunststoff-Folien: Ihre Eigenschaften und Anwendungsmöglichkeiten», «Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Chemie und Kunststoffe», «Kunststoffe — galvanisch verchromt» (Erwin Weinbrenner). J. Schrobiltgen: Conceptions actuelles de la documentation dans l'industrie, *SAZ*, 27. 1. 66. Harvey Leibenstein: What can we expect from a theory of development?, *Kyklos*, Fasc. 1/1966. Hellmut Hartmann: Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, Januar 1966. Kreditkarten — eine zukunftsreiche Banksparte? *SHZ*, 17. 2. 66. Peter Stiegnitz: Gehören die Pioniere der Forschung der Vergangenheit an? Zur Soziologie der modernen Industrieforschung. *Industrie*, 4. 2. 66. Peter Bernholz: Economic policies in a democracy, *Kyklos*, Fasc. 1/1966. (Abgeschlossen anfangs März.)

Rudolf Frei